

Antrag

der Abgeordneten Ute Koczy, Thilo Hoppe, Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Reinhard Loske, Hans-Christian Ströbele, Hans Josef Fell, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Sylvia Kotting-Uhl, Claudia Roth (Augsburg), Christine Scheel, Dr. Gerhard Schick, Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für starke soziale und ökologische Standards in der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Internationale Finanz-Corporation (IFC) ist im Rahmen der Weltbankgruppe für die Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft verantwortlich. Die Förderung des Privatsektors hat in den letzten Jahren innerhalb der Weltbankgruppe an Bedeutung gewonnen. IFC-Projekte machen bereits ein Viertel aller ausbezahlten Weltbankmittel aus. Die IFC investierte 2004 in Entwicklungs- und Schwellenländern 23,5 Mrd. US-Dollar. Diese Investitionen fließen in unterschiedliche Sektoren, beispielsweise in Infrastrukturprojekte oder in Projekte zur Erschließung von Öl-, Gas- und Mineralvorkommen. Viele dieser Projekte haben ein großes wirtschaftliches Potenzial. Allerdings bringen sie häufig auch negative Konsequenzen für Umwelt und Bevölkerung mit sich.

Wie die Weltbankgruppe insgesamt ist auch die IFC deren übergeordneten Zielen der Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Um zu gewährleisten, dass von der Weltbankgruppe finanzierte Projekte tatsächlich zu diesen Zielen und damit zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung beitragen, besitzt die Weltbankgruppe seit Mitte der 80er-Jahre im ökologischen und sozialen Bereich so genannte Schutzinstrumente (safeguard policies) oder Standards. Auch die IFC wendet bei ihrer Projektfinanzierung Standards an, die denen der Weltbankgruppe bisher fast deckungsgleich entsprechen. Es handelt sich dabei um zehn Standards, nach denen Projekte vor der Entscheidung über eine Finanzierungszusage zu prüfen sind, beispielsweise in Bezug auf geplante Zwangsumsiedlungen oder bei Projekten, die in Waldökosysteme eingreifen.

Nicht nur wegen ihres Finanzvolumens kommt der IFC eine große Bedeutung zu. Bisher gelten ihre sozialen und ökologischen Richtlinien als anspruchsvolle und wichtige Instrumente in der Entwicklungszusammenarbeit. So nehmen auch andere Institutionen wie regionale Entwicklungsbanken und Exportkreditagenturen Bezug auf die IFC-Standards. Insgesamt 35 Privatbanken haben sich mit der Annahme der „Äquator-Prinzipien“ dazu verpflichtet, der IFC angelehnte Umwelt- und Sozialstandards einzuhalten. Die „Äquator-Banken“ leisten zusammen mehr als 75 Prozent der globalen internationalen Projektfinanzierung.

Durch die Bezugnahme auf die IFC-Standards durch Privatbanken und Institutionen werden verbindliche Regeln für alle Wettbewerber geschaffen. Ein „Wettlauf nach unten“ um möglichst niedrige Standards kann so verhindert werden.

Derzeit überarbeitet die IFC ihre Standards. Von verschiedenen Seiten wurde eine umfassende Revision angeregt.

So legte auf Betreiben der Weltbank ein unabhängiges Gutachterteam 2004 einen Bericht zur Rohstoffpolitik der Weltbank (Extractive Industries Review) vor. Dieser Bericht empfahl der Weltbankgruppe eine Reform und effektivere Umsetzung ihrer Umwelt- und Sozialstandards. Insbesondere im Rohstoffsektor, in dem hauptsächlich private Unternehmen beteiligt sind, stellte er einige Missstände heraus. So sei dieser Bereich besonders korruptionsanfällig, weshalb finanzierte Projekte nur selten tatsächlich der Entwicklung der Bevölkerung zu Gute kämen. Der Bericht empfahl daher, gute Unternehmens- oder Regierungsführung (Good Governance) sowie die Achtung der Menschenrechte zu einer Fördervoraussetzung für Firmen und Regierungen zu machen.

Im September 2004 versprach die Weltbank in ihrer Reaktion auf den Bericht zur Rohstoffpolitik, im Rahmen der anstehenden Überarbeitung der Sozial- und Umweltstandards der IFC Abhilfe gegen die Hauptkritikpunkte zu schaffen.

Nicht nur Betroffene und Nichtregierungsorganisationen kritisierten zudem in der Vergangenheit die geringe Entwicklungsorientierung von IFC-finanzierten Projekten. So kommt der Jahresbericht 2005 der IFC zu dem Ergebnis, dass nur 59 Prozent der zwischen 2001 und 2003 angenommenen Projekte einen Beitrag zur Entwicklung geleistet haben. Während dieser Anteil generell steige, habe sich die Umsetzung von sozialen, ökologischen und Gesundheitsaspekten nicht gleichbedeutend mit anderen Aspekten verbessert.

Auch in internen Prüfungen kam man zu dem Ergebnis, dass die derzeitigen IFC-Standards nicht den an sie gestellten Erwartungen gerecht werden. So liegt der Revision ein Bericht des Compliance Advisor Ombudsman (CAO) zu Grunde, dessen Aufgabe unter anderem die Überprüfung der Einhaltung der existierenden Standards war.

Private Unternehmen haben in der Vergangenheit kritisiert, dass die von der Weltbank formulierten sozialen und ökologischen Richtlinien nicht immer praxistauglich seien. Der für jedes Projekt zu prüfende strikte Regelkatalog führe zu einem enormen Zeit- und Flexibilitätsverlust für die Wettbewerber und sei deshalb nicht angemessen. Zur Steigerung der Effizienz sei vielmehr eine Entschlackung und Beschleunigung der Prüfprozesse nötig.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

die Überarbeitung der sozialen und ökologischen Leitlinien der IFC. Ein kohärenter Katalog solcher Standards ist notwendig, um der Entwicklungsverpflichtung der IFC konkreten und glaubwürdigen Ausdruck zu verleihen. Im Lichte anderer aktueller Bemühungen im Kampf gegen die Armut in der Welt, wie beispielsweise der Millenniumsentwicklungsziele, ist auch der Beitrag der Weltbankgruppe als Entwicklungsbank unverzichtbar. Die Bundesregierung hat als drittgrößter Anteilseigner der Weltbank starkes Gewicht in der internen Meinungsbildung der Weltbank und muss ihre Position dazu nutzen, dass sozialen und ökologischen Belangen in Zukunft mehr Gewicht verliehen wird.

Angesichts der Bedeutung der IFC kann die Revision der sozialen und ökologischen Standards eine große Reichweite entfalten, indem sich auch in Zukunft andere Institutionen und Akteure auf die Schutzinstrumente der IFC beziehen.

Besonders in der Neuformulierung der Standards im Bereich der Rohstoffpolitik sieht der Deutsche Bundestag eine große Chance für die IFC, richtungweisende

Entscheidungen zu treffen und sicherzustellen, dass die Gewinnung von Rohstoffen tatsächlich der Entwicklung der Bevölkerung zu Gute kommt. Im September 2004 erklärte die Weltbank in ihrer Antwort auf den Bericht zur Rohstoffpolitik der Weltbank (Extractive Industries Review), dass sie im Zuge der Überarbeitung der Standards auch einen verbesserten Schutz der biologischen Vielfalt und Ökosysteme verankern werde. Der Deutsche Bundestag unterstützt diesen Ansatz; denn gerade für die armen Bevölkerungsgruppen in Entwicklungsländern bedeutet die Zerstörung der Umwelt und der Biodiversität auch gleichzeitig die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen. Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass auch andere Entwicklungsbanken diesen Zusammenhang erkennen. So führt die Asiatische Entwicklungsbank gerade verschärfte ökologische Schutzmaßnahmen zum Erhalt der Biodiversität ein, und die Weltbank plant, künftig verstärkt lokale Umweltorganisationen zu fördern.

Der Deutsche Bundestag unterstützt den bisherigen Ansatz der Weltbank, wonach indigenen Bevölkerungsgruppen besonderer Schutz garantiert wird. Dieser Ansatz beruht auf dem Eingeständnis, dass Zwangsumsiedlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit mit einer Verarmung der Umgesiedelten und dem Verlust ihrer Kultur einhergehen. Folgerichtig hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in seinem „Sektorkonzept Wald und nachhaltige Entwicklung“ festgestellt, dass geförderte Maßnahmen nicht die Land- und Nutzungsrechte der angestammten lokalen Bewohner beeinträchtigen dürfen.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich gegenüber der Weltbank dafür einzusetzen, dass

1. bei der Projektfinanzierung durch die IFC auch in Zukunft das Wohl und der tatsächliche Nutzen für die betroffene Bevölkerung absolute Priorität haben. Deutlicher als bisher muss die IFC durch die von ihr finanzierten Projekte einen Beitrag zu den Entwicklungsprozessen der Partnerländer leisten. Daraus folgt, dass die ökologischen und sozialen Standards auf keinen Fall verwässert werden dürfen, sondern mindestens auf ihrem heutigen Niveau bestehen bleiben müssen;
2. verbindliche Sozial- und Umweltstandards für die gesamte Weltbankgruppe zu gelten haben;
3. explizit auf einschlägige internationale Abkommen und Konventionen, wie z. B. die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und multilaterale Umweltabkommen, Bezug genommen wird. So kann auch ein Beitrag zur Stärkung des internationalen Rechts geleistet werden;
4. durch präzise formulierte, starke und verbindliche Standards faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Markt garantiert werden. Zudem muss eine verlässliche objektive Beschwerde- und Überprüfungsinstanz existieren, mit der Möglichkeit Verstöße zu sanktionieren;
5. die Unabhängigkeit der zur Projektentscheidung ausschlaggebenden Informationen sichergestellt wird. Zur Wahrung der notwendigen Objektivität und der Einhaltung der Anforderungen der Ausführungsstandards ist es von besonderer Wichtigkeit, dass die vom Klienten durchgeführten Umweltverträglichkeitsprüfungen auch einer unabhängigen Überprüfung unterworfen werden;
6. die Empfehlungen aus dem Bericht zur Rohstoffpolitik der Weltbank (Extractive Industries Review) umgesetzt werden. Insbesondere müssen klare Kriterien zur Beurteilung von guter Unternehmensführung (Good Governance) entwickelt und diese sowie die Achtung der Menschenrechte zu Fördervoraussetzungen für Rohstoffprojekte gemacht werden;

7. sichergestellt wird, dass auch die lokale Bevölkerung einen tatsächlichen Nutzen aus den geförderten Projekten zieht. Um den Missbrauch und die Zweckentfremdung von Einnahmen durch Korruption zu verhindern, muss vor der Finanzierungszusage durch die IFC geklärt sein, wie mit den Einnahmen aus Rohstoffprojekten verfahren wird. Auch muss die IFC, den Empfehlungen des Berichts zur Rohstoffpolitik der Weltbank folgend, ihr Portfolio im Energiebereich zunehmend auf die Förderung erneuerbarer Energien umstellen;
8. die IFC die Empfehlungen des Berichts zur Rohstoffpolitik zu größerer Transparenz und zum Umgang mit relevanten Dokumenten und Prüfberichten aufgreift und umsetzt;
9. die IFC in ihrer überarbeiteten Fassung der Standards über die bisherigen Prinzipien hinausgeht, indem sie zum Beispiel die Unterstützung von Gentechnikprojekten in der Landwirtschaft ausschließt;
10. zur Erhöhung der sozialen Akzeptanz die von IFC-Projekten betroffene Bevölkerung in einem frühen Stadium der Projektplanung einbezogen wird, um so möglichst eine auf umfassender Information basierende Zustimmung (Free Prior Informed Consent) zu erreichen;
11. durch die Bestimmung von Schutzzonen (No-Go-Zones) die Finanzierung von Rohstoffprojekten durch die IFC gerade in besonders schutzbedürftigen und schützenswerten Ökosystemen ausgeschlossen werden kann;
12. die sozialen und ökologischen Standards der IFC auch weiterhin indigenen Bevölkerungsgruppen besonderen Schutz gewähren. Umgesiedelten sollen zumindest gleichwertige bzw. bessere Lebensbedingungen garantiert werden. In Fällen der Zwangsumsiedlung müssen auch diejenigen Bewohner in den Genuss einer echten Entschädigung kommen, die zwar keine Landtitel vorweisen können, deren Lebensunterhalt jedoch traditionell von der Nutzung des enteigneten Landes abhängt. Auch andere vom Projekt negativ betroffene Bevölkerungsgruppen müssen angemessen entschädigt werden.

Berlin, den 17. Januar 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion